

**Rede des DEHOGA-Landesvorsitzenden Fritz Engelhardt bei der Politischen Kundgebung
im Rahmen des DEHOGA-Frühlingsfestes am 6. Mai 2019 in Stuttgart
Es gilt das gesprochene Wort.**

Verehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlich willkommen zum DEHOGA-Frühlingsfest 2019!

Erinnern Sie sich? Vor zehn Jahren hat hier das Zelt zum ersten Mal gewackelt. Beim DEHOGA-Frühlingsfest 2009. Mehr als 3000 Gastronomen und Hoteliers haben damals für eine gewaltige Stimmung gesorgt. Und heute tun wir das wieder!

Bei der deutschlandweit größten politischen Kundgebung des Gastgewerbes setzen wir heute ein Ausrufezeichen. Wir setzen ein Zeichen des Protestes gegen fehlende Wertschätzung, Bürokratie, Vorschriftenwahnsinn und unfaire Steuerpolitik. Wir setzen aber auch ein Zeichen für unsere Werte: für Gastfreundschaft, Toleranz und Weltoffenheit.

Als starke Branche treten wir selbstbewusst auf.

Über 30.000 Betriebe in Baden-Württemberg, 134.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und 12 Milliarden Euro Jahresumsatz im Land. Das sind stolze Zahlen.

Wir haben seit 2010 über 30.000 neue Arbeitsplätze in Baden-Württemberg geschaffen. Wir schaffen Chancen für Menschen, die Arbeit suchen – egal, welche Nationalität oder Hautfarbe sie haben!

Wir sind aber nicht nur Job- und Integrationsmotor. Wir sind auch die tragende Säule der Tourismuswirtschaft. Dass Baden-Württemberg schon das 8. Tourismus-Rekordjahr in Folge verzeichnet, ist vor allem unser Erfolg. Ohne uns – ohne Gastronomie und Hotellerie – geht im Tourismus nichts.

Meine Damen und Herren,
wer das jetzt hört, der denkt vielleicht: Wow! Bei denen läuft's. Den Wirten muss es ja glänzend gehen!

Doch leider trägt der Schein. Das schöne Bild hat Risse. Wachstum gibt's in unserer Branche vor allem in den Städten und bei großen, investitionsstarken Betrieben.

Auf dem Land und bei der Masse der Kleinbetriebe sieht es gar nicht rosig aus. Wer durch Baden-Württemberg fährt, kann das Sterben der Dorfgastronomie nicht mehr übersehen: Wirtshaus-Ruinen und geschlossene Betriebe.

Wanderer, Radfahrer, aber auch die Dorfbewohner, stehen immer öfter vor verschlossenen Gasthaus-Türen.

Heute Ruhetag – oder immer Ruhetag?

11 Prozent der Kommunen sind bereits gastronomisch unterversorgt, haben also weniger als ein Gasthaus pro 1000 Einwohner. In immer mehr Dörfern gibt's überhaupt kein Gasthaus mehr.

In manchen Kreisen sind mehr als 20 Prozent der gastgewerblichen Betriebe in den letzten Jahren weggebrochen.

Und ein Ende ist nicht in Sicht.

In unserer aktuellen Mitgliederumfrage geben zwei Drittel der Kolleginnen und Kollegen an, die Zahl der Gasthäuser in ihrer Gemeinde in den letzten fünf Jahren gesunken ist. Zwei von drei Betrieben haben ihre Öffnungszeiten reduziert. Fast die Hälfte hat einen zusätzlichen Ruhetag eingeführt. Jeder dritte bietet keinen warmen Mittagstisch mehr an.

Und die Perspektiven sind düster: Jeder zweite Dorfgastronom, der uns geantwortet hat, hat keinen Nachfolger für seinen Betrieb.

Meine Damen und Herren aus Politik, dies ist ein Alarmruf!

Rund 4000 gastgewerbliche Betriebe im Land stehen in den nächsten fünf Jahren vor dem Generationenwechsel.

Wenn die Entwicklung so weitergeht, verlieren wir einen großen Teil dieser Familienunternehmen – mit allen negativen Folgen für den ländlichen Raum und den Tourismus.

Denn es geht eben nicht nur um ein paar unbedeutende Kleinbetriebe. Mit jedem Gasthaus, das verschwindet, verlieren wir ein Stück Kultur, ein Stück Lebensqualität im ländlichen Raum. Und wir verlieren Chancen zur touristischen Vermarktung.

Das können wir uns eigentlich gar nicht leisten: Der Tourismus sichert heute schon fast 400.000 Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.

In anderen wichtigen Branchen stehen große Umwälzungen an. Jobverluste drohen. Es ist deshalb absolut fahrlässig, den Wachstumsmotor Tourismus in Baden-Württemberg abzuwürgen. Dieses Land wird jeden Arbeitsplatz, der bei uns und im Tourismus entsteht, bald bitter nötig brauchen!

Und trotzdem passiert viel zu wenig! Statt etwas gegen das Gasthaussterben zu tun, produziert der politische Apparat eine Unsinnsvorschrift nach der anderen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Bräunungsgrad Ihrer Pommes frites müssen Sie zum Glück nicht dokumentieren – das konnten wir gerade noch verhindern. Auch die „Sonnenschutz-Vorschrift“ für Mitarbeiter der Außengastronomie ist vom Tisch.

Dafür dürfen wir uns jetzt mit der EU-Trinkwasserrichtlinie beschäftigen. Es könnte nämlich passieren, dass wir bald per Gesetz zum Verschenken von Wasser gezwungen zu werden.

Hallo – geht's noch?

Wir sind Unternehmer. Wir sind nicht die Wasser-Wohlfahrt! Unsere Mitarbeiter und unsere Familien leben von Verkaufserlösen, nicht vom Verschenken.

Und wir haben wirklich andere Sorgen: Steigende Kosten fressen uns die Erträge auf. Die Bürokratie kostet Zeit und Nerven.

Allergenkennzeichnung, Arbeitszeitdokumentation, Datenschutz...

Kein Mensch fragt, wie Kleinbetriebsinhaber das – neben allem anderen her – noch leisten können.

Liebe Politiker: Es reicht!

Verschont uns mit immer noch mehr Vorschriften!

Lasst uns einfach arbeiten!

Und bitte, lasst unsere Branche flexibel arbeiten!

Denn uns fehlen ja, trotz gestiegener Beschäftigtenzahlen, nicht nur viele Fach- und Hilfskräfte. Selbst die Mitarbeiter, die wir haben, können wir nicht flexibel einsetzen. Das starre deutsche Arbeitszeitgesetz hindert uns daran.

Um ihren Betrieb trotzdem am Laufen zu halten, schaffen viele von uns bis zum Umfallen. Neun von zehn Umfrageteilnehmern sagen, dass ihre persönliche Arbeitsbelastung seit 2015 stark zugenommen hat.

Ein Kollege schreibt: „Wir sind gesundheitlich am Ende und suchen nach Lösungen, wie wir unseren Lebensunterhalt anders als in der Gastronomie bestreiten können.“

Und dann ist da noch die ewig ungerechte Mehrwertsteuer:

Wurstsalat im Plastikbecher aus dem Discounter gibt's inklusive Plastik-Gabel zum 7-Prozent-Mehrwertsteuersatz. Den Wurstsalat bei uns im Gasthaus besteuert der Staat mit 19 Prozent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit finden wir uns nicht ab! Wir fordern den reduzierten Mehrwertsteuersatz auch für die Gastronomie. Wir fordern gleiche Steuern für alle Speisen!

Aber ich will mich nicht lange an bundespolitischen Themen abarbeiten, denn wir haben heute die Landespolitik zu Gast: die Vorsitzenden der fünf im Landtag vertretenen Parteien. Von ihnen wollen wir wissen, was sie im Land für uns bewegen können.

Einiges läuft ja schon ganz gut: Die Landesregierung fördert zum Beispiel unsere Nachwuchskampagne „WIR GASTFREUNDE“ mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds.

Auch bei anderen Themen – zum Beispiel bei der Digitalisierung – haben wir keinen Grund zur Klage.

Trotzdem gibt's Anlass zur Kritik: Warum hat unsere Landesregierung im Bundesrat dafür gestimmt, dass Vereine bald bis zu 45.000 Euro im Jahr steuerfrei verdienen können?

Zum Beispiel durch Feste oder durch die Vermietung von Räumen für Familienfeiern? Liebe Kolleginnen und Kollegen, das geht voll auf Kosten der Gastronomie! Das geht auf unsere Kosten!

Und ich frage mich da schon: Was sind Politiker-Sonntagsreden zur Bedeutung der Dorfgasthäuser wert, wenn die gleichen Politiker solche Wettbewerbsverzerrungen einfach durchwinken?

Kritische Fragen gibt's auch bei anderen Themen:

Sehr geehrte Frau Dr. Detzer,
wie geht's denn nun weiter mit der Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes? Ministerpräsident Kretschmann hat uns 2016 seine Unterstützung zugesagt. Ihr Koalitionspartner, die CDU, hat einen guten, maßvollen Vorschlag vorgelegt. Damit könnte Baden-Württemberg eine Bundesratsinitiative starten. Aber Grün blockiert. Ich frage Sie: Was ist das Wort eines grünen Ministerpräsidenten wert, wenn er von der eigenen Partei ausgebremst wird?

Ihr Versuch, uns mit der Gewerkschaft NGG an einen Tisch zu bringen, ist ja aller Ehren wert. Aber Sie haben ja gesehen, was dabei herauskommt: Die Gewerkschaft verweigert jedes Gespräch. Welche Lösungen kann Ihre Partei uns zur dringend benötigten Arbeitszeit-Flexibilisierung anbieten?

Lieber Herr Strobl,
als Innenminister haben Sie durchgesetzt, dass es für gut integrierte Flüchtlinge, die Arbeit gefunden haben, jetzt eine bessere Bleibeperspektive gibt. Das begrüßen wir! Aber Ihre Partei führt in der Landesregierung ja eine ganze Reihe von wichtigen Ministerien: Wirtschaft, Ländlicher Raum, Tourismus.

Was kann die CDU als starke landespolitische Kraft bewegen, um dem Gastgewerbe zu helfen? Das möchten wir gerne von Ihnen wissen.

Meine Damen und Herren, der DEHOGA macht Branchenpolitik und keine Parteipolitik. Deshalb fragen wir heute nicht nur die Vorsitzenden der Regierungsparteien, sondern die Parteivorsitzenden der Opposition im Landtag. Und dazu zählt seit den letzten Wahlen auch die AfD.

Herr Dr. Spaniel,
die Entscheidung, heute auch einen Vertreter Ihrer Partei hier zu Wort kommen zu lassen, haben wir uns nicht leicht gemacht. In unserem Verband sind Kolleginnen und Kollegen aus mehr als 50 Nationen organisiert. Fast 40 Prozent unserer Beschäftigten kommen aus dem Ausland. Wir sagen Ja zu Europa. Dass wir als weltoffene Branche mit ausländerfeindlichen Parolen nichts anfangen können, versteht sich von selbst.

Ihre Partei bremst beim Thema Fachkräfte-Einwanderung – wir aber sind auf die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland dringend angewiesen. Auch die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes lehnt die AfD ab – obwohl bekannt ist, dass tarifliche Lösungen in unserer Branche nicht funktionieren. Welche Lösungen bieten Sie an? Wir sind gespannt, was Sie uns nachher sagen werden.

Lieber Herr Stoch,
die SPD hatte in den letzten Jahren keinen leichten Stand hier bei uns im Zelt. Schuld daran war vor allem die Bundespolitik. Es ist schwer, mit Andrea Nahles bei uns zu punkten. Vielleicht können Sie heute Boden gut machen? Was schlagen Sie als Sozialdemokrat vor, um das Gasthaussterben im Land zu bremsen?

Last but not least, zur FDP:

Lieber Herr Theurer, wir wissen, dass Ihre Partei sich in vielen Fragen für die Belange des Mittelstandes einsetzt. Das gilt fürs Arbeitszeitgesetz genau so wie für die dringend erforderliche Anhebung der Minijob-Verdienstgrenze. Wir wissen Ihre Arbeit in den Parlamenten sehr zu schätzen. Aber wir sehen natürlich auch, dass Ihre Möglichkeiten, aus der Opposition heraus etwas zu bewegen, begrenzt sind. Was können Sie tun, damit den Worten der FDP auch Taten folgen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir sind gespannt, was unsere Gäste aus der Politik gleich antworten werden. Als gute Demokraten hören wir zu – und zwar auch denen, die andere Positionen vertreten als wir. Denn wer sich hier der Diskussion stellt, vor über 3000 Wirtinnen und Wirten im Zelt, verdient in jedem Fall unseren Respekt.

Aber eines sollte unseren Gästen klar sein: Die Lage ist ernst. Wenn wir in Baden-Württemberg abwarten, bis die bundespolitischen Blockaden beim Arbeitszeitgesetz und anderen wichtigen Themen irgendwann gelöst sind, ist es für viele Betriebe zu spät.

Es gilt deshalb, jetzt alle Hebel in Bewegung zu setzen, die wir hier im Land in der Hand haben.

Gefordert sind wir dabei auch selbst – als Branche und als Verband. Wir stellen uns dieser Verantwortung!

Noch mal: Lasst uns einfach arbeiten! Lasst uns unseren Job machen!
Denn wenn man uns arbeiten lässt, schaffen wir gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Perspektiven für kommende Generationen.

Wir sind erfolgreich bei unseren Gästen. Die schätzen unsere Leistungen.
Und genau diese Wertschätzung erwarten wir auch von der Politik.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.